



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 43 (Seite 164): Einrichtung von Videoüberwachungen an ausgewählten Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum (CDU)

Stadtrat Döring (CDU): Die CDU-Fraktion hat beantragt, die gesetzlichen Möglichkeiten zur Installation von Videotechnik gerade im öffentlichen Raum zu prüfen und entsprechende Mittel für so eine Einrichtung mit einem Sperrvermerk, falls diese rechtlichen Möglichkeiten gegeben sind, in den Doppelhaushalt einzustellen.

Warum haben wir das gerade so gewählt? Sie wissen, die Sicherheitslage ändert sich stetig. Deswegen obliegt es auch der Polizei, die Lage ständig neu zu beurteilen und fortzuschreiben und im Zuge von Gefährdungsprognosen entsprechend darauf auch mit Maßnahmen zu reagieren. Wie Sie wissen, sind Kriminalstatistiken leider immer etwas rückwärts gewandt, und mit der Vergangenheit von Kriminalität die Zukunft zu erklären, ist relativ schwierig. Worauf wir aber eingehen können, sind aktuelle Phänomene, und das macht die Polizei vorbildlich. Wobei wir sie aber unterstützen müssen, ist genau mit diesem Instrument.

Was wir wissen: Der Ausbau von Videotechnik hat zwei Dimensionen, eine rechtliche Dimension, die allen hier im Plenum klar ist, das haben wir schon länger beraten. Aber es gibt auch einen politischen Maßstab. Hier geht es objektiv um die Kriminalitätsbelastung, die in unserer Stadt erfreulicherweise zurückgeht, und auch um das subjektive Sicherheitsempfinden, das sich total zu dieser Entwicklung gegenteilig entwickelt.

Das Dritte ist natürlich die Akzeptanz der Bürger. Über 80 % der Bürger befürwortet die Überwachung an öffentlichen Plätzen und an Bahnhöfen in unserem Land. Wie die aktuellen Fälle auch zeigen – sowohl in Mannheim als auch in Freiburg –, ist es Teil der Sicherheitspakete des Landes Baden-Württemberg, vermehrt auf Videoüberwachung zu setzen. Hierbei geht es aber nicht um die Überwachung des kompletten öffentlichen Raums mit allem Drum und Dran, sondern das geschieht ausgewählt nur zu Schwerpunktzeiten und vor allem mit intelligenter Videotechnik, mit Software, die die Rechte Einzelner schützt und quasi intelligent Gefahrensituationen erkennt.

Genau diesen Weg möchten wir in Karlsruhe bei Bedarf, wenn es so weit kommt, auch einschlagen. Dazu brauchen wir aber – ich sage es jetzt einmal ganz salopp – auch einen entsprechenden Puffer im Haushalt. Unser Antrag sieht nichts anderes vor als das. Worauf wir eingehen können: Wir haben ja schon ein Sicherheitsaudit angestoßen. Bei uns in der Stadt werden auch einige Präventionsmaßnahmen als Ergebnis dieses Sicherheitsaudits auf uns zukommen.

Ich kann hier im Plenum sagen, ich bin mir sicher, dass die Videoüberwachung ein Teil dieser Präventionsmaßnahmen sein wird, weil wir wissen – ein Blick in die polizeiliche Eingangstatistiken bestätigt uns einiges –: Videoüberwachung hat positive Effekte, Videoüberwachung bringt etwas, sowohl repressiv als auch präventiv. Deswegen möchte die CDU-Fraktion nicht erst darauf warten, bis es bei uns zu einer eklatanten Verschlimmerung der Sicherheitssituation kommt und wir dann langwierig darauf reagieren müssen, sondern hier gezielt mit einem Sperrvermerk arbeiten, die Mittel vorher einstellen, um dann schnell für die Sicherheit unserer Bürger reagieren zu können.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Man kann es gar nicht oft genug sagen: Karlsruhe ist sicher. Karlsruhe ist sogar so sicher, dass es illegal ist, Videoüberwachung einzuführen. Es gibt ja keine Kriminalitäts-Hotspots. Der einzige Kriminalitäts-Hotspot, der sich entwickeln könnte, wäre der Gemeinderat, wenn die CDU weiterhin rechtswidrige Anträge stellt.

Ich möchte an der Stelle auch kurz auf die Anträge zum KOD eingehen.

(Unruhe, Zurufe)

– Lassen Sie mich ausreden, ich habe ein bisschen was zu erzählen.

Ich möchte noch kurz auf die Aufstockungsanträge zum KOD eingehen. Wir übernehmen als Stadt immer mehr Landesaufgaben. Das führt zu mehr Schnittstellen, letzten Endes zu mehr Kosten, weil der Aufwand größer wird, wenn sich unterschiedliche Stellen um die gleichen Aufgaben kümmern. Wir möchten lieber mehr richtige Polizisten und Polizistinnen auf den Straßen haben. Genau dazu passt das Konzept der Landesregierung, die eben auch Polizisten und Polizistinnen einstellt, unter anderem auch Verwaltungsbeamte, die keine Polizeiausbildung haben, um den jetzt benötigten Bedarf zu decken, denn die können in den Bürojobs der Polizei sehr gut eingesetzt werden. Lassen Sie das mal kommen, wir sind dran, die Landesregierung arbeitet da relativ gut dran. Schließlich ist es auch ein CDU-Innenminister, der das macht. Wenn das wirklich nicht hilft, können wir darüber sprechen, den KOD aufzustocken.

Stadtrat Marvi (SPD): Herr Döring hat, wenn ich es richtig verstanden habe, zum Schluss von einer Eskalation der Kriminalität gesprochen. Das ist wirklich eine sehr kreative Interpretation des letzten Sicherheitsberichtes. Aber wir werden ja gleich beim Tagesordnungspunkt KOD darüber reden. Wir haben dieses Thema ja schon in aller Ausführlichkeit in der September-Sitzung des Gemeinderates diskutiert, und für alle diejenigen, die nicht dabei waren, will ich ganz kurz für die SPD unsere klare Haltung festhalten: Wir haben keine ideologische Scheuklappen beim Thema Videoüberwachung, die kann durchaus zu einer Verbesserung des punktuellen Sicherheitsempfindens und der realen Aufklärung von Straftaten beitragen. Es gibt ja bundesweit Gefahrenpunkte, bei denen es durch die Anwendung dieser Technik Erfolge gegeben hat. Wir haben in Karlsruhe einige Erfahrungen gemacht im Bereich der Überwachung von Straßenbahnen.

Wir sind der Auffassung, wenn man sich der Grenzen dieses Instrumentes bewusst ist, kann man sich dem Thema mit Sachlichkeit annähern. Nach dem Wortbeitrag von Herrn Döring bin ich mir nicht ganz so sicher, ob sich alle der Grenzen dieses Instrumentes voll und ganz bewusst sind. Unsere starke Vermutung ist, dass sich die rechtlichen Voraussetzungen seit der September-Sitzung für die Videoüberwachung an entsprechenden Plätzen in Karlsruhe nicht verändert haben. Herr Müller hatte, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, beim letzten Mal das Thema Drogenkriminalität als eine mögliche Voraussetzung ins Feld geführt. Spannend wäre, ob die Verwaltung dazu neue Erkenntnisse hat. So scheint uns aber der Antrag heute nicht zustimmungsfähig zu sein.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Unsere Haltung zur Videoüberwachung ist bekannt. Genauso ist bekannt, dass die Videoüberwachung in Karlsruhe derzeit nicht zulässig ist, weil es nicht die entsprechende Kriminalität gibt, die das rechtfertigen würde. Des Weiteren sehen wir die Kriminalitätsbekämpfung als Landesaufgabe, und wenn es so wäre, dass Karlsruhe ein Sicherheitsproblem hätte, wäre es Aufgabe des Landes, für mehr Polizisten und Polizistinnen in Karlsruhe zu sorgen.

Stadtrat Hock (FDP): In der Haushaltsrede, die ich gehalten habe, habe ich ja schon gesagt, was die FDP denkt. Die Lage – und da muss ich dem Kollegen Marvi Recht geben – hat sich im Moment noch nicht geändert, und deshalb wird auch meine Fraktion diesen Antrag heute ablehnen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): CDU-Logik scheint nach dem Redebeitrag zu sein, dass die Kriminalität in Karlsruhe sinkt, und deshalb brauchen wir mehr Videoüberwachung. Das ist für mich nicht gerade logisch. Außerdem schaffen lebendige Plätze Sicherheit, nicht Kameras. Die Linke wird diesem Antrag natürlich nicht zustimmen, weil wir hier eine Stadtentwicklung haben wollen, die die Menschen zusammenbringt. Videokameras schützen erst einmal nicht vor Kriminalität, später kann man vielleicht auswerten, was passiert ist.

(**Stadtrat Ehlgötz/CDU:** Die Straßenbahnen sind sicherer geworden!)

– Die Straßenbahnen sind sicherer geworden – aufgrund von Attrappen. Gut, dann können wir ja Attrappen aufstellen, wenn die Sicherheit schaffen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Videoüberwachung kann das letzte Mittel sein. Ich denke aber, wir müssen die Dinge ganzheitlich betrachten. Wenn wir Sicherheit schaffen wollen, geht es um Sozialkontrolle auf der einen Seite, aber es kann auch eine Videoüberwachung dazukommen. Deshalb isoliert über Videoüberwachung zu sprechen, wird der Sache nicht gerecht. Man muss im Einzelfall immer schauen, gibt es Plätze, gibt es Orte, wo die Dinge nicht in den Griff zu bekommen sind, und dann müssen wir sie ganzheitlich anschauen, sowohl von der Bebauung als auch von der Beleuchtung her, also die Bemusterung von Plätzen. All diese Faktoren gehören betrachtet. Deswegen kann ich isoliert der Videoüberwachung nicht zustimmen, aber grundsätzlich, wenn es darum geht, Einzelplätze anzuschauen, kann es auf jeden Fall die richtige Wahl sein.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich sehe es wie die CDU. Wir wissen nicht, wie sich die Kriminalität entwickelt, wir wissen aber, wie das Sicherheitsgefühl in der Stadt ist. Lesen wir die Si-

cherheitsberichte der letzten Jahre, wissen wir, dass Karlsruhe im großen Teil sicher ist – da stimme ich allen zu –, aber die Innenstadt, vor allem die Kaiserstraße tags und nachts und die Plätze, vor allem der Europaplatz, stellen für viele Menschen eine Bedrohung dar. Ich habe mir in dieser Woche einmal erlaubt, nach 24 Uhr diese dunklen Löcher anzuschauen: Beleuchtung fehlt, die Arkaden am Europaplatz fehlen. Das Konzept, was Kollege Döring gesagt hat, einzustellen, schauen, wie die rechtliche Situation ist, ist besser als zu warten, dass etwas passiert. Jedes Opfer, jedes einzelne Opfer, von dem wir sagen, es ist ein Fall, ist zu viel. Ich kann nur sagen, wir müssen uns dieses Instruments bewehren, und wenn einer heute sagt, die Innenstadt ist sicher, dann sollte er einfach einmal die Kommentare und die Zeitungsausschnitte lesen, was da passiert. Ja, Karlsruhe ist in den Stadtteilen außenherum sicher, aber die Innenstadt – und das ist auch mein Gefühl – hat sich verändert, und wir sollten uns dieses Instrumentes bewehren, deshalb volle Zustimmung zu diesem Antrag.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich wollte genau dasselbe sagen wie Herr Wenzel. Wir unterstützen den Antrag der CDU.

Der Vorsitzende: Bevor wir zur Abstimmung kommen, ist mir noch wichtig darauf hinzuweisen: Die aktuelle Gesetzeslage gibt es nicht her, so etwas in Karlsruhe durchzuführen. Was in Mannheim ausprobiert wird, ist eine neue Form der technischen Auswertung der jeweiligen Aufzeichnungen, die sicher für eine deutliche Effizienz und eine höhere Anonymität sorgt. Aber selbst dann, wenn das Projekt in Mannheim erfolgreich sein sollte, was ich mir gut vorstellen kann, muss trotzdem erst das Gesetz geändert werden, damit wir es anwenden können. Ich will das nur noch einmal deutlich machen. Sie kennen im Moment die Koalition in Stuttgart, die da durchaus eine kontroverse Meinung zu diesen Dingen entwickeln wird. Von daher können wir gerne alles so beschließen, aber es sollte damit nicht die Erwartung verbunden sein, jetzt kurzfristig etwas tun zu können.

Herr Stadtrat Döring, Sie haben auf die Sicherheitsaudits verwiesen. Die werden wir hier noch sehr intensiv diskutieren, aber auch die Sicherheitsaudits können die Videoüberwachung nicht einführen, wenn bis dahin das Gesetz noch nicht entsprechend angepasst ist.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist mehrheitlich **abgelehnt**.

(...)